

EU-Regierungen protestieren scharf gegen die israelische Siedlungspolitik

Die Europäische Union greift zu schwerem diplomatischem Druck auf die Regierung in Jerusalem wegen des am 30. November 2012 angekündigten Siedlungsausbaus in Jerusalem und in der Westbank. Dazu haben fünf europäische Missionschefs (Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Deutschland und die EU namens der Außenbeauftragten Catherine Ashton) noch am 30. November Protestbriefe im Jerusalemer Auswärtigen Amt und im Amt des Ministerpräsidenten überreicht. „Haaretz“ zitiert dazu den niederländischen Botschafter Caspar Veldkamp mit der Drohung, der sich der stellvertretende deutsche Botschafter in Tel Aviv angeschlossen habe, dass, sollte die israelische Entscheidung nicht zurückgenommen werden, die Regierung in Den Haag sich künftig außerstande sehe, Israel in den Vereinten Nationen und in internationalen Organisationen zu unterstützen; Den Haag und Berlin hatten sich am 29. November in der UN-Vollversammlung der Stimme enthalten, als über den „Non-member Observer State“-Antrag der PLO entschieden wurde.

Der deutsche Diplomat habe angekündigt, dass sich Benjamin Netanjahu während seines bevorstehenden Besuchs am 05./06. Dezember im Rahmen der 4. bilateralen Regierungskonsultationen in Berlin auf scharfen Widerstand seitens der Bundeskanzlerin einstellen müsse. Das Büro des Ministerpräsidenten habe sich indes unbeeindruckt gezeigt; weitere Schritte gegen die Palästinensische Autonomieregierung würden folgen. EU-Botschafter Andrew Standley habe darauf aufmerksam gemacht, dass die Baupläne den Ausführungen des israelischen UN-Botschafters Ron Prosor vor der Abstimmung in New York widersprechen würden. Inzwischen prüfen die Regierungen in Paris und London, ihre Botschafter aus Protest gegen die israelische Politik „zu Konsultationen zurückzurufen“. Stattdessen bestellen die britischen, französischen und

schwedischen Außenministerien am 03. November zunächst die israelischen Botschafter ein.

Im Gespräch mit dem „Spiegel“ betont der israelische Schriftsteller Meir Shalev: „Die Siedlungspolitik unserer Regierung ist für mich viel antiisraelischer als dieser ‚Beobachterstatus‘ bei den Vereinten Nationen. Alles, was uns dazu bringt, neue Gespräche zu führen, ist gut. Und das sage ich nicht etwa als Anwalt der Palästinenser, sondern als Bürger Israels, Interesse meines Landes.“

Nach der deutschen Stimmenthaltung wirft der Kommentator der „Jerusalem Post“ Bundeskanzlerin Angela Merkel mangelnde Konsequenz in der Politik gegenüber Israel vor. Während sie die Lieferung von U-Booten und weiterer Waffensysteme genehmige, um Israels Rüstungsvorsprung zu gewährleisten, fahre Merkel ansonsten einen Zickzack-Kurs und habe wiederholt die Siedlungspolitik kritisiert.

Quellen: Barak Ravid: Schwere europäischer Druck auf Israel: Lasst die Fortführung des Bauplans zwischen Jerusalem und Maale Adumim fallen, in „Haaretz“ 02.12.2012 (Hebr.). Barak Ravid: Europe threatens to withdraw Israel support over East Jerusalem plan, in „Haaretz“ 02.12.2012. Yonah Jeremy Bob: Analysis: Merkel's flip-flop on Israel, in „The Jerusalem Post“ 02.12.2012. Meir Shalev: „Gute Entscheidung“, in „Der Spiegel“ 49/2012 vom 03.12.2012, S. 92. Von Shalev liegen auch in deutscher Sprache mehrere Romane vor, so „Ein russischer Roman“ (1993) und zuletzt „Meine russische Großmutter und ihr amerikanischer Staubsauger“ (2011). Vgl. dazu die Eintragungen in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.
